



PROTOKOLLAUSZUG

zum

GEMEINDERAT

am Donnerstag, 17.12.2009

ÖFFENTLICH

TOP 1

Verabschiedung des Haushaltsplans 2010 und des Finanzplans mit Investitionsprogramm 2009-2013 und Stellenplan 2010 (Anlage 8 zum Haushaltsplan 2010)  
- ggf. Entscheidung zu Anträgen zum Haushalt  
- Vormerkliste und Änderungsverzeichnis zum Haushalt 2010

Vorl.Nr. 446/09

---

Beratungsverlauf:

Herr **Kiedaisch** (FB Finanzen) erläutert einleitend das geplante Beratungs- und Abstimmungsprocedere. Vor dem Eintritt in die Beschlussfassungen fasst er nochmals die Ergebnisse der Vorberatungen zusammen und erinnert daran, dass der Haushaltsplan in sieben Sitzungsterminen der gemeinderätlichen Ausschüsse ausführlich vorbereitet worden sei. Dabei seien sowohl die 232 Einzelanträge der Fraktionen zum Haushalt als auch die Konsolidierungsvorschläge der Verwaltung diskutiert und teilweise abgestimmt worden. Insgesamt habe sich auf Basis der Vorberatungen eine Verbesserung im Verwaltungshaushalt um 307 550 € ergeben, so dass sich das dortige Defizit von rund 9,8 Mio. € entsprechend reduziere. Auch im Vermögenshaushalt hätten sich durch die Vorberatung und durch die Aktualisierung der dem Haushalt zu Grunde liegenden Planungsdaten Änderungen ergeben. Die dortige Verbesserung betrage rund 6,1 Mio. €, so dass sich die notwendige Entnahme aus den Rücklagen von 12,1 Mio. auf ca. 6 Mio. € reduziere. Während den Beratungen habe auch die Finanzplanung endgültig fertig gestellt werden können, nachdem nun die Orientierungsdaten des Landes vorlägen. Durch die Fertigstellung ergebe sich für den Verwaltungshaushalt 2011 ein Defizit von rund 21,5 Mio. €, das vor allem aus den Mechanismen des Finanzausgleichs resultiere. Falls diese Vorausberechnung tatsächlich in vollem Umfang eintrete, müssten Ende 2011 alle freien Rücklagen vollständig verbraucht werden, um den Verwaltungshaushalt auszugleichen. Gleichzeitig sei bei einer Umsetzung des Investitionsprogramms in den Jahren 2011 bis 2013 ein Kreditbedarf von 36,7 Mio. € erforderlich. Im Folgenden bezieht er sich auf verschiedene Anfragen seitens des Gremiums und erklärt, dass die Finanzplanung rechtlich nicht verbindlich sei. Zwar sei diese eine Pflichtanlage zum Haushaltsplan, aus rechtlicher Sicht jedoch lediglich eine unverbindliche Vorausschau auf die kommenden Jahre. Er weist ausdrücklich darauf hin, dass der Gemeinderat mit der Zustimmung zur Finanzplanung nicht bereits die Kreditaufnahmen der kommenden Jahre mit beschließen. Finanzplan und Investitionsprogramm würden auf Basis der zwischenzeitlichen Entwicklungen in jedem Jahr neu aktualisiert. Der Verwaltung sei es wichtig, insbesondere in finanziell ungewissen Zeiten, zusätzliche Sicherungsmechanismen in den Haushalt einzubauen. Damit solle sichergestellt werden, dass der Gemeinderat entsprechend reagieren könne, sofern sich die finanziellen Rahmenbedingungen weiter verschlechterten, und Entscheidungen über eventuelle Investitionen neu treffen könne. Abschließend weist er darauf hin, dass weder Gemeinderat noch Verwaltung für die derzeitigen finanziellen Rahmenbedingungen verantwortlich seien, sondern dass man hier die Auswirkungen der Wirtschaftskrise spüre. Momentan könne man nur versuchen, „auf Sicht zu fahren“, damit gegebenenfalls auf weitere Änderungen zeitnah

reagiert werden könne.

Zur weiteren Beratung siehe Tagesordnungspunkte 1.5ff.

TOP 1.1                    Haushaltsplan 2010 - Entwurf (ANLAGE)                    Vorl.Nr. 447/09

---

**Beratungsverlauf:**

Zu Beratungsverlauf und Beschlussfassung siehe Tagesordnungspunkte 1 und 1.5 ff.

TOP 1.2                    Haushaltsplan 2010 - Vormerkliste                    Vorl.Nr. 523/09

---

**Beratungsverlauf:**

Zu Beratungsverlauf und Beschlussfassung siehe Tagesordnungspunkte 1 und 1.5 ff.

TOP 1.3                    Ergänzte und überarbeitete Liste der  
Konsolidierungsvorschläge                    Vorl.Nr. 518/09

---

**Beratungsverlauf:**

Zu Beratungsverlauf und Beschlussfassung siehe Tagesordnungspunkte 1 und 1.5 ff.

TOP 1.4                    Haushaltsplan 2010 - mittelfristige  
Finanzplanung 2009 bis 2013                    Vorl.Nr. 642/09

---

**Beratungsverlauf:**

Zu Beratungsverlauf und Beschlussfassung siehe Tagesordnungspunkte 1 und 1.5 ff.

**Beratungsverlauf:**

Zu Beratungsverlauf und Beschlussfassung siehe TOP 1.5.1.

**Beschluss:**

Der Gemeinderat stimmt dem Ziel, den Verwaltungshaushalt durch Konsolidierungsmaßnahmen jährlich um 8 bis 11 Mio. Euro zu verbessern, zu. Die Umsetzung des Konsolidierungsvolumens erfolgt im Rahmen der Haushaltsplanberatung beziehungsweise im Haushaltsvollzug durch Beschlüsse des Gemeinderats.

**Abstimmungsergebnis:**

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 38 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen angenommen.

Ja 38 Nein 3 Enthaltung 0

**Beratungsverlauf:**

Nach allgemeinen Ausführungen (siehe Tagesordnungspunkt 1) von Herrn **Kiedaisch** (FB Finanzen) verweist OBM **Spec** darauf, dass zur Vorl. Nr. 515/09 eine abweichende Beschlussempfehlung aus der Beratung des Ausschusses für Wirtschaft, Kultur und Verwaltung vom 01.12.2009 vorliege, Vorl. Nr. 643/09.

Das Gremium verzichtet einmütig auf Sachvortrag und Aussprache.

OBM **Spec** lässt daraufhin über die Vorl. Nr. 643/09 abstimmen.

**Beschluss:**

Wir beantragen: Die Grundsteuer im Jahr 2010 nicht zu erhöhen.

**Abstimmungsergebnis:**

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 16 Ja-Stimmen, 25 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen abgelehnt.

Ja 16 Nein 25 Enthaltung 0

**Beratungsverlauf:**

Stadtrat **Glasbrenner** erklärt, seine Fraktion werde sich hinsichtlich der Grundsteuererhöhung dem Beschluss des Ausschusses für Wirtschaft, Kultur und Verwaltung beugen. Den Antrag zurückziehen werde er jedoch nicht.

Stadtrat **Herrmann** betont, er sehe dies für den Antrag seiner Fraktion, TOP 1.9, Vorl. Nr. 648/09, ebenso. Zudem sei die Frage einer Steuererhöhung eine so grundsätzliche Angelegenheit, dass es ihm wichtig sei, dass über die Anträge zu diesem Thema im Vollgemeinderat nochmals abgestimmt werde.

Herr **Kiedaisch** (FB Finanzen) verweist auf die Vorl. Nr. 368/09. Die Verwaltung habe vorgeschlagen, die Hebesätze der Grundsteuer A und B von derzeit 310 auf 360 Hebesatzpunkte anzuheben. Er beziffert die hierdurch zu erzielenden jährlichen Mehreinnahmen auf 1 776 000 €. Stimme man hingegen dem Antrag der Freien Wähler zu, verzichte man zumindest für das Jahr 2010 auf diese Mehreinnahme.

OBM **Spec** lässt daraufhin über den Antrag der FW-Fraktion, Vorl. Nr. 574/09, abstimmen.

**Beschluss:**

Der Grundsteuerhebesatz wird von 310 v.H. auf 380 v.H. erhöht ( Mehreinnahmen 2,5 Mill. €).

### Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 3 Ja-Stimmen mehrheitlich abgelehnt.

### Beratungsverlauf:

Herr **Kiedaisch** (FB Finanzen) erläutert, dass der Antrag der Fraktionsgemeinschaft LUBU/Die Linke im Vergleich zum Verwaltungsvorschlag zusätzliche Mehreinnahmen von jährlich 710 000 € bringen würde.

Stadtrat **Hillenbrand** begründet den Antrag der Fraktionsgemeinschaft. Die Haushaltslage zwingt dazu, den Bürgern Belastungen zuzumuten. Hierfür gebe es jedoch verschiedene in Frage kommende Formen. Aus der Vorlage der Verwaltung habe man zudem entnehmen können, dass der Einheitswert seit 1964 nicht verändert worden sei. Dies bedeute genaugenommen, dass seit dieser Zeit durch steigende Werte der Immobilien und des Grundbesitzes quasi eine Steuersenkung stattgefunden habe. Ludwigsburg liege mit seiner Grundsteuer zudem am unteren Ende der Skala im Vergleich zu anderen Kommunen, der Durchschnittswert liege bei 395%. Der Antrag seiner Fraktion liege mit 380% sogar noch unterhalb dieses Durchschnittswertes und damit im Rahmen. Selbstverständlich gebe es auch Argumente gegen eine solche Erhöhung. So werde unter anderem angeführt, dass eine Erhöhung der Grundsteuer auch zu steigenden Mieten führe. Hierbei müsse allerdings bedacht werden, dass die Miete und der darin enthaltene Anteil an der Grundsteuer auch abhängig von der Größe der Wohnung und damit von der Leistungskraft des Einzelnen sei. Seine Fraktionsgemeinschaft wolle mit dem Antrag erreichen, dass im Bildungs- und Sozialbereich sowie bei der Infrastruktur für Kultur, Sport und Kunst nicht so stark eingespart werden müsse. Diese Bereiche belasteten die kleinen und mittleren Einkommen ebenso stark wenn nicht stärker als andere. Die Grundsteuererhöhung verteile die Belastungen hingegen entsprechend der Leistungsfähigkeit und sei somit sozialer und vergleichsweise gerechter.

Auf weitere Aussprache wird verzichtet.

OBM **Spec** ruft den Antrag Vorl. Nr. 618/09 zur Abstimmung auf.

TOP 1.8

Grundsteuererhöhung  
- Antrag der FDP-Fraktion vom 25.11.2009

Vorl.Nr. 616/09

---

### Beschluss:

1. Die Grundsteuer wird um 30 Punkte auf einen Hebesatz von 340 Punkten für die Dauer von 4 Jahren erhöht.
2. Danach wird die Grundsteuer auf ihren bisherigen Hebesatz von 310 Punkten zurückgeführt.
3. Eine Grundsteuersatzung wird dazu erstellt.

### Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 12 Ja-Stimmen, 28 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung abgelehnt.

Ja 12 Nein 28 Enthaltung 1

### Beratungsverlauf:

Herr **Kiedaisch** (FB Finanzen) stellt dar, dass durch Antrag im Vergleich zum Verwaltungsvorschlag jährliche Mindereinnahmen von 710 000 € entstünden.

Stadtrat **Weiss** gibt eine Erklärung zum Abstimmungsverhalten im Ausschuss für Wirtschaft, Kultur und Verwaltung ab. Seine Fraktion habe dem Antrag nur zugestimmt, weil dieser für das Jahr 2010 das geringere Übel darstelle als eine Erhöhung um 1,7 Mio. €. Es sei offensichtlich, dass wenn der Antrag der FDP nicht mehrheitlich beschlossen werde, eine höhere Grundsteuererhöhung komme. Daher habe seine Fraktion dem Antrag der FDP, nicht jedoch dem Verwaltungsvorschlag zugestimmt.

Nach dieser Erklärung stellt OBM **Spec** den Antrag der FDP-Fraktion, Vorl. Nr. 616/09, zur Abstimmung.

TOP 1.9

Grundsteuer  
- Antrag der CDU-Fraktion vom 15.12.2009

Vorl.Nr. 648/09

---

### Beschluss:

1. Die Grundsteuer bleibt grundsätzlich bei 310 Punkten.
2. Von 01.01.2010 bis 31.12.2013 (vier Haushaltsjahre) wird die Grundsteuer auf 360 Punkte festgesetzt.

### Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 10 Ja-Stimmen, 30 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung abgelehnt.

Ja 10 Nein 30 Enthaltung 1

### Beratungsverlauf:

Herr **Kiedaisch** (FB Finanzen) schildert, dass sich der Antrag der CDU-Fraktion nur insofern vom Verwaltungsvorschlag unterscheide, als dass zum einen zum Ausdruck gebracht werde, dass die Grundsteuer grundsätzlich bei 310 Punkten beibehalten werde. Zum anderen solle befristet auf vier Jahre eine Erhöhung auf 360 Hebesatzpunkte erfolgen.

OBM **Spec** ergänzt, dass im Ausschuss für Wirtschaft, Kultur und Verwaltung bereits über die Befristung beraten worden sei, insbesondere über deren formale Bindungswirkung. Dabei sei man zu dem Schluss gekommen, dass es sich lediglich um eine politische Absichtserklärung ohne formale Bindungswirkung handle. Weiter betont OBM Spec, dass durch die Verbindung der Grundsteuerhebesätze mit der Haushaltsplanverabschiedung ohnehin eine neue Festlegung für jedes Haushaltsjahr zu treffen sei.

Stadtrat **Herrmann** bestätigt die Ausführungen von OBM Spec. Aber auch wenn man jedes Jahr die Hebesätze ohnehin neu beschließe, sei es seiner Fraktion wichtig, bereits heute deutlich zu machen, dass diese eine Grundsteuererhöhung in derzeit schwierigen Zeiten mittrage, diese jedoch nicht für alle Ewigkeit festlegen wolle. Nach vier Jahren müsse kritisch überprüft werden, ob man nicht auf 310 Punkte oder auf einen anderen Satz zurückgehen könne.

Stadtrat Dr. **Bohn** betont, seine Fraktion wolle sich die Möglichkeit erhalten, jedes Jahr die Hebesätze neu zu überprüfen und gegebenenfalls anzupassen. Eine Bindung auf vier Jahre wolle er nicht eingehen.

Auch die Stadträte Dr. **Heer** und **Rapp** lehnen aus diesem Grund für ihre Fraktionen den Antrag ab.

Stadtrat Dr. **Vierling** sieht keinen Anlass für die Hoffnung, dass es nach vier Jahren einen finanziellen Spielraum für die Senkung der Grundsteuer geben werde.

Stadtrat **Glasbrenner** erklärt, er könne den Wunsch der CDU, ein entsprechendes Zeichen zu setzen, nachvollziehen. Allerdings vertrete seine Fraktion die Auffassung, dass der Hebesatz 2010 nicht erhöht werden solle und könne daher auch dem auf vier Jahre befristeten Antrag der CDU nicht zustimmen.

OBM **Spec** stellt die Vorl. Nr. 648/09 zur Abstimmung.

TOP 1.10

Erhöhung der Grundsteuer-Hebesätze auf  
01.01.2010

Vorl.Nr. 368/09

---

### Beschluss:

Der Erhöhung der Grundsteuer-Hebesätze A und B ab 01.01.2010 von derzeit 310 v. H. auf 360 v. H. in der Haushaltssatzung 2010 wird zugestimmt..

### Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 28 Ja-Stimmen, 13 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen angenommen.

Ja 28 Nein 13 Enthaltung 0

### Beratungsverlauf:

Aus Sachvortrag und Aussprache wird verzichtet.

OBM Spec ruft die Vorl. Nr. 368/09 zur Abstimmung auf.

TOP 1.11

Erhöhung Gewerbesteuerhebesatz  
- Antrag der Fraktionsgemeinschaft LUBU/Die  
Linke vom 25.11.2009

Vorl.Nr. 617/09

---

### Beschluss:

Der Gewerbesteuerhebesatz wird von 360 v.H. auf 380 v. H. erhöht.

Die zusätzlichen Einnahmen in Höhe von 2,5 Millionen € werden für die Vermeidung von Sparmaßnahmen bei Kindererziehungs- und Betreuungseinrichtungen der kinderfreundlichen Stadt Ludwigsburg und für den Erhalt des guten Angebots unserer Stadtbücherei verwendet.

### Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 3 Ja-Stimmen, 34 Nein-Stimmen und 4 Enthaltungen abgelehnt.

Ja 3 Nein 34 Enthaltung 4

### Beratungsverlauf:

Stadtrat **Hillenbrand** begründet den Antrag seiner Fraktionsgemeinschaft. Hier gehe es ähnlich wie bei der Grundsteuer darum, eine gerechtere Form der Verteilung von Belastungen zu finden. Wenn man in größerem Umfang Einsparungen erzielen müsse, so erfolge dies zu großen Teilen im Bereich Bildung und Soziales. Dies sei der falsche Weg, da er überwiegend Familien mit mittleren und kleinen Einkommen belaste. Besser verdienende hätten weniger Probleme. Bei Schließungen von Büchereien oder Erhöhungen der vhs-Gebühren könnten diese ihre Bücher kaufen oder notfalls auf Privatlehrer ausweichen. Ein schlechtes Bildungssystem schade insbesondere den Menschen mit geringerem Einkommen. Es sei nur gerecht, wenn auch andere Bereiche ihren Anteil leisten müssten und damit zur Finanzierung der Aufgaben und zur Entlastung der kleinen Leute beitragen. Er wolle in diesem Zusammenhang Stadtrat Herrmann zitieren, der in der Zeitung mit dem Satz abgedruckt worden sei, dass es in den Fragen des Haushalts keine Tabus geben dürfe. Dies müsse dann auch für die Gewerbesteuer gelten. Über diese sei jedoch nicht diskutiert worden und daher habe seine Fraktion einen entsprechenden Antrag gestellt. Weiter macht Stadtrat Hillenbrand darauf aufmerksam, dass nach seiner Einschätzung die Krise noch lange nicht überwunden sei und man sich spätestens im nächsten Jahr über eine Erhöhung der Gewerbesteuer unterhalten müsse. Sodann legt er dar, dass die beantragte Erhöhung der Gewerbesteuer rund 5,6 % ausmache. Wenn man dem vergleichend gegenüberstelle, dass die Vereine durch Beschluss des Gemeinderats pauschale Kürzungen der Zuschüsse in Höhe von 5%

hinnehmen müssten, liege dies in derselben Größenordnung und sei daher hinnehmbar. Im Vergleich zu Städten ähnlicher Größenordnung werde man zudem auch nach einer eventuellen Erhöhung der Gewerbesteuer am unteren Ende der Scala liegen. Das Argument, dass die Erhöhung der Gewerbesteuer Betriebe von einer Ansiedlung in der Stadt abhalte oder sie sogar vertreibe, sei nicht nachvollziehbar. In seiner 30jährigen Gewerkschaftsarbeit habe er die Erfahrung gemacht, dass zahlreiche andere Gründe eine Rolle bei derartigen Entscheidungen spielten, nicht jedoch die Höhe der Gewerbesteuer. Im Übrigen stehe die zu entrichtende Gewerbesteuer ja auch im Verhältnis zum Ertrag des Unternehmens und damit zu seiner Leistungsfähigkeit. Abschließend gibt er zu bedenken, dass in den bisherigen Beratungen immer von dem Leitmotiv „der Zukunft keine Rechnung stellen“ ausgegangen worden sei. Wenn man nun die Gewerbesteuererhöhung ablehne und damit unter Umständen in Kauf nehme, dass man in ein oder zwei Jahren Kredite aufnehmen müsse, der stelle der Zukunft eine Rechnung. Deswegen solle die Gewerbesteuer angehoben werden, um eine gerechtere Verteilung der Lasten zwischen den Bürgern heute und den künftigen Generationen herbeizuführen.

Stadtrat **Herrmann** stimmt seinem Vorredner dahingehend zu, dass die Lasten nach der Leistungsfähigkeit verteilt werden sollten. Man sehe jedoch deutlich, dass die Gewerbesteuereinnahmen in der ganzen Stadt einbrächen. Dies zeige, dass insbesondere auch die größeren Unternehmen große Probleme hätten. Eine Gewerbesteuererhöhung sei aus diesem Grund Gift für die Konjunktur und den wirtschaftlichen Aufschwung. Aus diesem Gründen sei es absolut undenkbar, die Gewerbesteuer anzuheben und daher lehne seine Fraktion den Antrag der Fraktionsgemeinschaft LUBU/Die Linke ab.

Stadtrat **Glasbrenner** konstatiert, dass man im produzierenden Gewerbe in Ludwigsburg in jüngster Zeit rund 800 Arbeitsplätze verloren habe. Dies sei passiert, weil es der Wirtschaft im Augenblick nicht gut gehe. Wenn man nun trotz allem beabsichtige, die Industrie und das Gewerbe noch mehr zu belasten, dann sei dies äußerst verwunderlich. Weiter merkt er an, dass er sich für das Vorgehen bei der Beratung des Haushaltsplanes im nächsten Jahr ein anderes Vorgehen wünsche. Derzeit sei es so, dass man derartige Vorträge in allen drei Ausschüssen und zusätzlich nochmals im Gemeinderat zu hören bekomme. Dies sei nicht notwendig und koste nur Zeit.

Stadtrat **Weiss** ergänzt, ihn überraschten die Schlüsse die Stadtrat Hillenbrand ziehe. Dieser habe doch erkannt, dass eine Gewerbesteuererhöhung insbesondere die größeren Unternehmen treffe, die überhaupt noch Steuern zahlten. Wenn man zusätzlich mitbekommen habe, dass genau dieselben Unternehmen mit Kurzarbeit belastet seien, sei es unverständlich, wie man solche Aussagen treffen könne.

Stadtrat Dr. **Bohn** erklärt, für die SPD-Fraktion sei eine Gewerbesteuererhöhung indiskutabel. Eine solche sei in der derzeitigen wirtschaftlichen Situation ein fatales Signal, insbesondere auch, was die Ansiedlung von Wirtschaftsunternehmen anbelange.

Stadtrat Dr. **Heer** vertritt den Standpunkt, dass es nicht vorherzusehen sei, ob der Gewerbesteuerhebesatz in Zukunft erhöht werden müsse oder nicht. Er vermute jedoch, dass dies irgendwann zwangsweise der Fall sein müsse. Sodann bestätigt er, dass die Stadt Ludwigsburg einen relativ niedrigen Gewerbesteuerhebesatzes habe. Eine Erhöhung bringe zunächst Mehreinnahmen, auf lange Sicht jedoch keine Erleichterungen. Ursächlich hierfür seien zum einen die Mechanismen des Finanzausgleichs, zum anderen schrecke sie eventuell Betriebe von der Ansiedlung ab. Zusätzlich sei zu bedenken, dass die Stadt trotz der vergleichweisen Hebesätze beim Vergleich der Einnahmen durch Gewerbesteuer im oberen Drittel liege. Es sei seine Illusion zu glauben, dass allein die Höhe des Hebesatzes die Einnahmen durch Gewerbesteuer beeinflusse. Abschließend gibt er zu bedenken, dass eine Erhöhung der Gewerbesteuer letztendlich auch den kleinen Mann treffe. Jeder Betrieb lege steigende Kosten auf seine Produkte um. Steigende Preise habe dann letztendlich der Verbraucher zu tragen.

Stadtrat **Gericke** will dem Antrag heute nicht zustimmen. Die Stadt habe noch Rücklagen, die es

zuerst zu verbrauchen gelte.

Nach Abschluss der Aussprache lässt OBM **Spec** über die Vorl. Nr. 617/09 abstimmen.

**TOP 1.12**                    **Planungsansätze B27/Eglosheim und  
Strombergstraße  
- Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen  
vom 17.12.2009**

---

**Beschluss:**

1. Der Planungsansatz für die Verkehrsplanung soll wie vom Ausschuss für Wirtschaft, Kultur und Verwaltung am 08.12.2009 beschlossen in den Haushalt eingestellt werden. Einen separaten Ansatz für eine Verkehrslösung B27/Eglosheim, wie dieser vom Ausschuss für Bauen, Technik und Umwelt am 10.12.2009 beschlossen wurde, soll es nicht geben.
2. Die Planungsrate für die Strombergstraße soll aus dem Haushalt gestrichen werden.

**Abstimmungsergebnis:**

Die Abstimmung erfolgt offen und nach Ziffern getrennt.

Die Ziffer 1 des Antrages wird mit 16 Ja-Stimmen, 22 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen abgelehnt.

Die Ziffer 2 wird mit 19 Ja-Stimmen, 20 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen abgelehnt.

**Beratungsverlauf:**

Herr **Kiedaisch** (FB Finanzen) fasst zusammen, die Ziffer 1 des Antrags ziele darauf ab, über den Ansatz für die Planungskosten für die Verkehrsentslastung Eglosheim nochmals abzustimmen. In der Vorberatung im Ausschuss für Bauen, Technik und Umwelt habe man auf Antrag der CDU-Fraktion, Vorl. Nr. 575/09, für das Gesamtverkehrskonzept 30 000 € in den Haushalt aufgenommen.

Stadtrat **Gericke** legt auf die Feststellung Wert, dass Herr Kiedaisch lediglich das Ergebnis des Ausschusses für Bauen, Technik und Umwelt vorgetragen habe. Im Ausschuss für Wirtschaft, Kultur und Verwaltung hingegen sei zunächst der Etatansatz für die Verkehrsplanung insgesamt reduziert worden. Die einzige Stelle, an der man reduzieren könne, sei der Planansatz für weitere Varianten zur bahnparallelen Trasse und das Gremium habe im Wissen um diese Tatsache die genannte Entscheidung getroffen. Da die Beschlüsse von WKV und BTU aus seiner Sicht im Widerspruch zueinander stünden, wolle er das Gesamtgremium darüber entscheiden lassen, welche Summe nun für weitere Planungen zur bahnparallelen Trasse zur Verfügung gestellt werden solle.

OBM **Spec** ergänzt, dass der Antrag darauf abziele, die durch die Beschlussempfehlungen des

Ausschusses für Bauen, Technik und Umwelt in den Haushalt aufgenommenen Planungsmittel in Höhe von 30 000 € wieder aus dem Haushalt herauszunehmen.

Stadtrat **Gericke** macht nochmals deutlich, dass zwar auf der einen Seite tatsächlich ein neuer Posten in Höhe von 30 000 € geschaffen worden sei. Gleichzeitig aber sei der für allgemeine Verkehrsplanungen vorgesehene Ansatz im Ausschuss für Wirtschaft, Kultur und Verwaltung um einen entsprechenden Betrag gekürzt. Aus seiner Sicht widerspreche es sich, wenn der eine Ausschuss erkläre, die Gelder nicht zu benötigen, und der andere Ausschuss diese an anderer Stelle doch einstellen wolle. Aus diesem Grund wolle er ein Votum des Gesamtgemeinderats über die von seiner Fraktion favorisierte Entscheidung des Ausschusses für Wirtschaft, Kultur und Verwaltung.

OBM **Spec** lässt daraufhin über die Ziffer 1 des Antrages abstimmen.

Herr **Kiedaisch** informiert nochmals kurz über die Ziffer 2 des Antrags. Hier gehe es um den Haushaltstitel für die Planungsrate Strombergstraße und es seien ebenfalls auf Grund eines Antrags der CDU-Fraktion im Jahr 2010 50 000 € in den Haushalt aufgenommen worden.

Stadtrat **Gericke** begründet, diese Planungsrate solle gestrichen werden, da auch die Gemeinde Asperg derzeit Planungen erarbeite. Seine Fraktion sehe in der Strombergstraße zudem einen geringen verkehrlichen Nutzen.

Sodann ruft OBM **Spec** die Ziffer 2 des Antrages zur Abstimmung auf.

TOP 1.13

Sanierung Jungentoilette Goethe-Gymnasium  
- Antrag der Fraktionsgemeinschaft LUBU/Die  
Linke vom 25.11.2009

Vorl.Nr. 623/09

---

### Beschluss:

Im Haushaltsplan 2010 werden die notwendigen Finanzmittel zur Sanierung der Jungentoilette des Goethe-Gymnasiums Ludwigsburg eingestellt.

### Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 12 Ja-Stimmen, 22 Nein-Stimmen und 7 Enthaltungen abgelehnt.

Ja 12 Nein 22 Enthaltung 7

### Beratungsverlauf:

Herr **Kiedaisch** (FB Finanzen) verweist darauf, dass die Fraktionsgemeinschaft LUBU/Die Linke ihren Antrag, die notwendigen Mittel für eine Sanierung der Jungentoiletten im Goethe-Gymnasium einzustellen, nochmals im Gesamtgemeinderat abstimmen lassen wolle. Es gehe hier um eine

Interimslösung, wie sie bereits im Ausschuss für Bauen, Technik und Umwelt sowie im Ausschuss für Wirtschaft, Kultur und Verwaltung vorgestellt worden sei. Der hierfür notwendige Betrag liege voraussichtlich bei rund 25 000 €.

Stadträtin **Burkhardt** beklagt, die Verwaltung habe in den vorberatenden Ausschüssen gewaltige Geschütze gegen die Anträge verschiedener Fraktionen zur Sanierung der Jungentoiletten im Goethe-Gymnasium aufgeföhren. Unter anderem sei von einem „Eingriff in den Schulentwicklungsplan“ und von „Forderungen der anderen Innenstadtgymnasien, die dann ebenfalls kämen“ sei hier die Rede gewesen. Es sei Tatsache, dass im Schiller-Gymnasium die Erneuerung der Toiletten im Jahr 2000 für 200 000 € erfolgt sei. Und auch im Mörike-Gymnasium sei im Jahr 2003 die Mädchen-Toilette für 105 000 € erneuert worden sei. Hier würden sicher keine neuen Forderungen kommen. Weiter weist sie darauf hin, dass in den Haushalten der Jahre 2003 bis 2005 jeweils fast 8 Mio. € für die Sanierung des Goethe-Gymnasiums enthalten gewesen seien. Wäre die Umsetzung in bauliche Maßnahmen entsprechend diesen Planungen erfolgt, hätte die Maßnahme 2009 beendet werden können. Bis heute sei jedoch fast nichts geschehen. Aus diesem Grund habe ihre Fraktionsgemeinschaft den Glauben an eine Gesamtsanierung in zwei Jahren aufgegeben, dies umso mehr, als die Haushaltslage derzeit nicht rosig sei. Es sei weiter Tatsache, dass im Haushalt 2009 auf Antrag der CDU- und der SPD-Fraktion 436 000 € für dringliche Baumaßnahmen im Goethe-Gymnasium bereitgestellt worden seien. Hierzu hätten auch die Sanierungen der Toiletten gehört, allerdings sei lediglich die Mädchentoilette saniert worden. Aus ihrer Sicht sei es Aufgabe der Stadt, diese dringliche Maßnahme noch durchzuführen. Die dringend notwendige Entfernung der Rinne und des Untergrundes sowie der Einbau neuer WCs könne nicht mehr als 10 000 € kosten und liege damit im Bereich der Bauunterhaltung, zu der jeder Gebäudebesitzer in regelmäßigen Abständen verpflichtet sei.

Stadtrat **von Stackelberg** erinnert daran, dass die Verwaltung in der letzten Sitzung des Ausschusses für Bildung, Sport und Soziales zugesagt habe, dass die Toiletten im Rahmen der Bauunterhaltung in einen annehmbaren Zustand versetzt würden. Da er davon ausgehe, dass diese Zusage eingehalten werde, brauche er dem Antrag der Fraktionsgemeinschaft LUBU/Die Linke nicht zuzustimmen.

OBM **Spec** nimmt Stellung zu den Aussagen von Stadträtin Burkhardt. Die Stadt Ludwigsburg habe in den letzten vier bis fünf Jahren Schritt für Schritt erhebliche Investitionen im Bildungs- und Betreuungsbereich getätigt. Exemplarisch zählt er verschiedene Erweiterungs- und Sanierungsmaßnahmen auf. Auch in Zukunft werde man den intensiv beratenen Schulentwicklungsplan weiter verfolgen und konsequent umsetzen. Es gehe auch heute nicht um die Fragen, ob die Jungentoiletten im Goethegymnasium überhaupt saniert würden, dies sei schließlich längst beschlossen. Es gehe lediglich darum, dies nicht vorgezogen zu einem Zeitpunkt zu tun, an dem nicht mit Sicherheit gesagt werden könne, ob die Toiletten im Rahmen des Gesamtkonzeptes an diesem Standort überhaupt verbleiben könnten. Weiter weist er darauf hin, dass die Toilettensituation an anderen innerstädtischen Schulen identisch sei. Abschließend plädiert OBM Spec dafür, den bisher vorgeschlagenen Zeitplan beizubehalten und die Toilettensanierung nicht vorzuziehen.

EBM **Seigfried** ergänzt, dass in den Vorberatungen auch bereits berichtet worden sei, dass die derzeitige, unstrittig unbefriedigende Situation in den Toiletten des Goethe-Gymnasiums auch durch das Nutzungs- und Lüftungsverhalten sowie durch ein erhöhtes Reinigungsintervall verbessert werden könne. Zudem wolle man im Rahmen des Bauunterhaltes die offenen Fugen schließen. Dies sei mit relativ wenig Aufwand möglich und verspreche eine entscheidende Verbesserung des Zustandes.

Stadtrat **Herrmann** weist darauf hin, dass der von Stadträtin Burkhardt vorgetragene Antrag so nicht abstimmungsfähig sei. Es sei kein konkreter Betrag für eine Sanierung genannt und man könne nicht einfach „ins Blaue hinein“ beschließen. In den Ausschüssen für Bildung, Sport und Soziales sowie für Bauen, Technik und Umwelt seien die Anträge aller Fraktionen zum Goethe-Gymnasium gesammelt aufgerufen worden. Nach längerer Diskussion habe man den für die

Sanierung der Jungentoiletten benötigte Betrag auf rund 25 000 € geschätzt und diese Summe zur Abstimmung gestellt. Wenn man heute erneut beschließen wolle, dann zumindest über diese, aus allen Anträgen gemeinsam entwickelte Summe.

Stadtrat **Glasbrenner** stellt klar, dass man sich eigentlich über zwei grundsätzlich verschiedene Themen unterhalte. Es gehe zunächst um eine Sanierung, die eigentlich den Austausch der Rinne beinhalte und für die 25 000 € vermutlich nicht ausreichend seien. Zum anderen habe man in den Ausschüssen ganz klar gesagt, dass auch bei einem Verzicht auf die Sanierung weiterhin Bauunterhaltung betrieben werde. Missstände würden selbstverständlich beseitigt. Man dürfe also heute nicht den Eindruck erwecken, dass man das Goethe-Gymnasium sich selbst überlassen wolle. Dem sei nicht so. Vielmehr wolle man einfach nicht sinnlos Geld ausgeben, wenn dies nicht unbedingt erforderlich sei und man zudem nicht wisse, wie die endgültige Planung aussehe.

Stadträtin **Burkhardt** erhebt Einspruch gegen die Summe von 25 000 €, auf die man sich geeinigt habe. Diese sei aus ihrer Sicht übertrieben. Wenn man über diese abstimmen wolle, könne man das natürlich tun. Allerdings gebe sie zu Bedenken, dass die Stadt teilweise etwas erhöhte Summen einsetze, um den Gemeinderat in seinen Entscheidungen zu beeinflussen.

Auf Nachfrage von OBM **Spec** bestätigt Stadträtin **Burkhardt**, dass man eben von 25 000 € ausgehen und hierüber abstimmen solle, wenn man dies wolle. Er stellt daraufhin den Antrag von Stadträtin Burkhardt auf dieser Basis zur Abstimmung.

TOP 1.14

Haushaltsplan 2010 mit mittelfristiger  
Finanzplanung bis 2013 - Änderungsverzeichnis

Vorl.Nr. 542/09

---

### **Beschluss:**

Die Haushaltssatzung 2010 sowie der Haushaltsplan 2010 und die mittelfristige Finanzplanung 2009 – 2013 werden auf Grundlage des Haushaltsplanentwurfs (Vorlage 466/09) und den beigefügten Änderungslisten beschlossen.

### **Abstimmungsergebnis:**

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 28 Ja-Stimmen, 8 Nein-Stimmen und 5 Enthaltungen angenommen.

Ja 28 Nein 8 Enthaltung 5

### **Beratungsverlauf:**

OBM **Spec** freut sich darüber, dass man trotz der allgemein finanziell schwierigen Zeiten in Ludwigsburg auf eine gute Grundlage aufbauen könne. Vergleiche man die Volumina der Haushaltskonsolidierungsziele mit denen ähnlicher Städte, dann werde klar, dass Ludwigsburg sich auf einen ambitionierten Weg befinde. Es sei selbstverständlich nicht möglich, in einem Jahr 25 Mio. € an Steuerausfällen zu kompensieren, am befinde sich jedoch auch einem vernünftigen und

richtigen Weg. In den nächsten Wochen und Monaten gehe es darum, die zahlreichen Prüfaufträge zu den Konsolidierungsmaßnahmen weiter zu bearbeiten und zu beraten.

Auf Nachfragen der Stadträte **Weiss** und Stadtrat **Herrmann** bestätigt Herr **Kiedaisch** (FB Finanzen), dass das Marktplatzfest im Haushalt mit 36 000 € inklusive der Reinigungsleistungen der TDL veranschlagt werde. Die interne Verrechnung der TDL habe man nicht verändert, man werde diese jedoch vorläufig sperren und im Nachtrag bereinigen. Dies entspreche dem Vorgehen, auf das man sich im Ausschuss für Wirtschaft, Kultur und Verwaltung verständigt habe.

Stadtrat **Herrmann** begründet das Abstimmungsverhalten seiner Fraktion. Diese habe zahlreiche Anträge gestellt. Auf Grund dieser Anträge seien im Verwaltungshaushalt 190 000 € und im Vermögenshaushalt 450 000 € an Einsparungen beschlossen worden. Zudem habe die CDU auch Sparvorschlägen anderer Fraktionen zugestimmt. Wenn vom Gemeinderat insgesamt weniger als erwartet eingespart worden sei, so liege das daran, dass es äußerst schwierig gewesen sei, vernünftige, konsensfähige Einsparvorschläge auszuarbeiten. Die Mitglieder des Gemeinderats könnten bei vielen Positionen nicht wissen, ob dieser beispielsweise rechtlich gebunden sei. Er wolle deshalb festhalten, dass zahlreiche Anträge aller Fraktionen von der Verwaltung als nicht realisierbar eingestuft worden seien und aus diesem Gründen teilweise auch zurückgezogen worden seien. Er bedauere zudem, dass nicht alle Anträge seiner Fraktion mehrheitsfähig gewesen seien, so beispielsweise die Unterstützung der Familien mit fünf Kindern und mehr. Gleiches gelte auch für das Marktplatzfest. Nachdem die 5 000 € aber wie dargestellt gesperrt seien, könne man gegebenenfalls auch unter Vorlage der früheren Abrechnungen im Ausschuss für Wirtschaft, Kultur und Verwaltung nochmals darüber beraten. Insgesamt finde sich seine Fraktion jedoch bei vielen Punkten im Haushalt wieder. Die Kulturehrung und der Pferdemarkt würden weiter jährlich durchgeführt und die Brunnen in den Stadtteilen liefen weiter. Im Bereich des Vermögenshaushalts habe man beispielsweise beim Schillerplatz, beim Marstallcenter, bei der Oststadthalle, bei Eglosheim und bei der Strombergstraße zusätzliche Anträge seiner Fraktion beschlossen. Dennoch seien die Mehrausgaben in beiden Haushalten deutlich geringer als die beschlossenen Einsparungen. Er wolle auch nochmals deutlich darauf hinweisen, dass man eine globale Minderausgabe in Höhe von 1 445 000 € beschließe. Aus seinen beim Land gemachten Erfahrungen sei er hier skeptisch, weil man damit der Verwaltung quasi einen Freibrief gebe. Der Oberbürgermeister habe im Ausschuss für Wirtschaft, Kultur und Verwaltung allerdings klargestellt, dass er über jeden Punkt berichten werde, bei dem die Verwaltung die globale Minderausgabe anwende. Nur wenn dem tatsächlich so sei, könne er der globalen Minderausgabe zustimmen. Alles in allem wolle er nochmals betonen, dass sich seine Fraktion in vielen Punkten im Haushalt wiederfinde und er wolle sich bei allen Fraktionen bedanken, die den CDU-Anträgen zugestimmt hätten. Ebenso wolle er sich beim Fachbereich Finanzen und der Geschäftsstelle Gemeinderat für die ausgezeichnete Vorbereitung der Beratungen bedanken. Seine Fraktion könne daher dem Haushalt 2010 zustimmen. Für das nächste Jahr regt er an, zwischen Generaldebatte und Ausschussberatung eine Woche zusätzlicher Zeit zu lassen. Er bittet darum, dies nochmals im Ältestenrat zu beraten.

Stadtrat Dr. **Bohn** spricht für die SPD-Fraktion. Der heute vorliegende Haushalt sei ein Kompromiss zwischen drastisch zurückgehenden Einnahmen und der als notwendig erachteten städtischen Daseinsvorsorge. Schwerwiegende Einschnitte hätten bislang vermieden werden können, drohten aber nach Einschätzung der SPD-Fraktion für die Zukunft. Freude über den Haushalt sei aus diesen Gründen bei der SPD daher nicht aufgekommen. Ziel sei es gewesen, bewährte Strukturen weiter am Leben zu erhalten. Angesichts der negativen Einnahmesituation, sie sich 2011 zu verschärfen drohe, sei dies leider nicht ohne Kürzungen möglich gewesen. Es sei dennoch gelungen, die Balance zu halten, auch wenn manche Kürzung als schmerzlich empfunden werde. Solange man Finanzierungswege finde, dürften notwendige Versorgungs- und Hilfeangebote im Jugend-, Kinder- und Bildungsbereich nicht gekappt werden. Seine Fraktion wolle keinen Ausbaustopp im Kinderbetreuungsbereich, wie dies etwa aktuell in der Stadt Heilbronn verkündet worden sei. Weiter wolle sie eine ausreichende Jugendförderung der Ludwigsburger Sport- und Kulturvereine: Ein Ausgleich des Haushalts ohne die veranschlagte Erhöhung der Grundsteuer sei aus seiner Sicht nicht möglich. Es sei daher das kleinere Übel, das

Kahlschläge vermeide und eine sozialgerechte Verteilung der Lasten garantiere. Mit Sorge betrachte seine Fraktion die angekündigte Stellenkürzung. Abschaffung von Arbeit sei das letzte Mittel und könne nicht ohne vorangegangene Aufgabenkritik beschlossen und umgesetzt werden. Deshalb sei seine Fraktion erstaunt, dass man jetzt schon einen Kürzungsvorschlag der Verwaltung – gleichmäßig verteilt nach Dezernaten – auf den Tisch bekomme. Er befürchte, dass dies Ausdruck der alten „Rasenmäher-Methode“ sei. Vermutlich werde von der Verwaltung wieder versucht, produktive Stellen zu streichen und Verwaltungsstellen zu erhalten. Das werde seine Fraktion nachdrücklich hinterfragen. Aufgabenkritik bedeute auch, den Menschen in Ludwigsburg zu sagen, welche Schwerpunkte man künftig setzen wolle und welche Dinge man nicht mehr finanzieren könne. Danken wolle er im Namen seiner Fraktion ausdrücklich für die hervorragende Aufbereitung der Beratungsunterlagen. Seine Fraktion stimme dem Haushalt 2010 wie heute vorgelegt zu – wohl wissend, dass dieser nicht allzu lange Bestand haben werde. Die Bundesregierung praktiziere gerade einen Schwindelhaushalt zu Lasten der Leistungskraft der Kommunen. Dies werde man dem Bürger in den kommenden Diskussionen verdeutlichen müssen.

Stadträtin **Schneller** erinnert daran, dass die Verwaltung vor sechs Wochen den Haushalt eingebracht habe und zu diesem Zeitpunkt Einsparvorschläge mit einem Volumen von 8 Mio. € benannt habe. Die Fraktion der Freien Wähler habe in der ersten öffentlichen Stellungnahme am 25.11.2009 im Gemeinderat deutlich gemacht, dass diese Sparanstrengungen nicht ausreichend seien. Allein im Verwaltungshaushalt – also bei den jährlichen Ausgaben für den laufenden Betrieb, vergleichbar mit den Lebenshaltungskosten eines privaten Haushaltes – fehlten im Jahr 2010 20 Mio. €. Mühevoll habe ihre Fraktion die einzelnen Ausgabenposten angeschaut und entsprechende Kürzungsvorschläge vorgelegt. Ausgabenkürzungen oder zeitliche Verschiebungen dort, wo Einsparmöglichkeiten am wenigsten schmerzten. Das gleiche gelte für die Vorschläge der Freien Wähler für höhere Einnahmen. Die Diskussion zu den Anträgen der Fraktionen sei im Galopp durch die Gremien getrieben worden. Wirklich ernsthafte Bemühungen, sinnvolle Sparmöglichkeiten zu finden, habe ihre Fraktion dabei nicht erkennen können. Dies bedaure sie sehr. Wie labil der Haushalt 2010 sei, sehe man am Beispiel der Beratungen im Ausschuss für Wirtschaft, Kultur und Verwaltung, wo man nach drei Stunden Diskussion und 200 Einzelpositionen ca. 2,5 Mio. € an Einsparmöglichkeiten definiert gehabt habe, die kurz danach innerhalb von zwei Minuten vom Stadtkämmerer einkassiert worden seien, in dem dieser über ein Urteil des Finanzgerichts vom Tag zuvor berichtet habe. Ihre Fraktion sei nach wie vor der Meinung, dass unverzüglich weitere Überlegungen zur Ausgabenreduzierung zu erfolgen hätten. Sie sei daher dankbar für die Zusage des Stadtkämmerers, möglichst im ersten Halbjahr 2010 weitere Einsparvorschläge zu definieren und auf die von der Verwaltung bereits erstellte Vormerkliste zu nehmen. Die grundsätzliche Meinung ihrer Fraktion, dass die Grundsteuer nicht erhöht werden solle, behalte sie bei. In den letzten Jahren seien ständig Gebühren, Steuern und Beiträge erhöht worden. Die Freien Wähler seien überzeugt, dass die Bürger eher geringere Standards, beispielsweise beim Pferdemarktumzug oder bei den Schlossfestspielen akzeptierten, als immer weiter steigende Belastungen. Die Grundsteuererhöhung sei nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Der Verwaltungsvorschlag, die Grundsteuer auf 360 Punkte anzuheben, bringe ca. 1,7 Mio. € an jährlichen Mehreinnahmen und dies bei 20 Mio. € Unterdeckung des Verwaltungshaushaltes. Ein generationengerechter Haushalt werde hierdurch nicht erreicht. Wenn die Stadt ihre Verkehrsinfrastrukturrücklage nicht mehr gehabt hätte, hätte man – um einen generationengerechten Haushalt 2010 zu erreichen – die laufenden Ausgaben um weitere 10 Mio. € kürzen oder die Grundsteuer verdoppeln müssen. Die Freien Wähler sähen hier bedauerlicher Weise noch keine ausreichende Einsicht bei der Verwaltung und bei anderen Fraktionen hinsichtlich der Pflicht, sich größtmögliche, sinnvolle Sparzwänge aufzuerlegen. Den Willen zu sparen und sich für die Gesellschaft einzubringen, sehe sie hingegen bei den Bürgern sehr wohl und höre dies auch in täglichen Gesprächen mit den Bürgern. Die Freien Wähler täten sich daher schwer, den heutigen Haushalt zu verabschieden, da dieser zu tiefe Einschnitte in die vorhandenen Ressourcen verursache. Ihre Fraktion halte es jedoch auch nicht für zielführend, den Haushalt einfach abzulehnen. Als Demokraten werde man sich der demokratischen Mehrheit unterwerfen und deshalb nicht gegen den Haushaltsplan 2010 stimmen. Bedanken wolle sie sich bei der Verwaltung für hervorragende, umfangreiche Vorbereitungsarbeit, vor allem auch bei der

Bearbeitung der konstruktiven Anträge der Freien Wähler.

Stadträtin **Klett-Heuchert** sieht den Haushalt 2010 als Herausforderung. Es sei klar, dass man sich auch in den künftigen Jahren an Einnahmerückgänge von rund 20 Mio. € gewöhnen müsse. Dass hier sparen angesagt sei, sei klar. Offen sei lediglich die Frage, wo man anfangen solle. Mittlerweile lägen lange Beratungen hinter dem Gremium, in denen sich alle Fraktionen mit einem von der Verwaltung vorgeschlagenen Konsolidierungsziel von 8 bis 11 Mio. € einverstanden erklärt hätten. Entsprechend der politischen Richtung würden jedoch von den Fraktionen unterschiedliche Schwerpunkte gesetzt. Die genannten Sparvorschläge machten jedoch nur einen Teil der Einnahmeausfälle wett. Deshalb sei ihre Fraktion auch einverstanden, dass die Einnahmeseite durch Anhebung der Grundsteuer auf 360 Punkte verbessert werde. Mit ca. 70 € höherer jährlicher Belastung für ein Einfamilienhaus empfinde sie die Anhebung für angemessen. Im Vergleich mit anderen Städten befinde man sich hiermit noch immer im Mittelfeld. Darüber hinaus sehe die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen in der Grundsteuer eine positive ökologische Lenkungswirkung. Durch höhere Kosten solle auch ein Anreiz zu geringerem Flächenverbrauch geschaffen werden. Nun liege ein Haushalt zur Beschlussfassung vor, der Einsparungen, Erhöhungen und Entnahmen aus den Rücklagen vorsehe. Für die Entscheidung ihrer Fraktion sei es wichtig, dass die Notwendigkeit von Einsparungen anerkannt werde, gleichzeitig aber auch zum Ausdruck gebracht werde, wie man die Stadt mitgestalten könne. Positiv zu vermerken sei, dass im Bildungs- und Betreuungsbereich keine wesentlichen Einschnitte vorgenommen würden. Dass aber bei den Ausgaben für diesen Bereich stets der Hinweis auf die Generationengerechtigkeit bemüht werde, halte sie für verfehlt. Es komme der heranwachsenden Generation zu gute, wenn man gute Grundlagen für deren späteres Dasein schaffe, es sei aber vor allem auch eine Pflichtaufgabe. Darüber hinaus habe man in den vergangenen Jahren dieses Argument nie gehört, wenn es um Projekte wie Filmakademie, Akademie für Darstellende Kunst oder Multifunktionshalle gegangen sei. Dies seien alles Einrichtungen, die dem Image der Stadt dienten und von denen ihre Fraktion zumindest die erstgenannten nicht missen wolle. Aber auch diese Investitionen hätten die nachfolgenden Generationen abzuzahlen. Die Mitglieder ihrer Fraktion seien nahezu die einzigen gewesen – leider auch mit zu wenig Unterstützung der Öffentlichkeit – die damals auf eine nachhaltigere Finanzierung gedrängt hätten. Dieses Projekt der wirtschaftlichen Betätigung der Stadt Ludwigsburg, hätte ihrer Ansicht nach mit zeitlich Ihre Fraktion stehe dazu, die Schulen auch in Zeiten knapper Kassen zukunftsweisend auszustatten, vor allem da man wisse, dass über die vergangenen Jahre ein Sanierungsstau entstanden sei. Die Maßnahmen des Schulentwicklungsplanes bänden hier die finanziellen Möglichkeiten der Stadt und es sei leider nicht gelungen, weitere Verbesserungen zu erreichen. Dennoch sei es klar, dass weitere Maßnahmen, beispielsweise im Bildungszentrum West, anstünden. Den Sanierungsbedarf habe auch der Oberbürgermeister anerkannt. Für die Finanzierung werde man selbstverständlich sorgen müssen und ihre Fraktion sei dafür bereit. Im ökologischen Bereich seien bedauerlicher Weise fast sämtliche Posten gekürzt worden. Weder der Grünleitplan noch die energetische Sanierung könne mit den eingestellten Mitteln angemessen vorangetrieben werden. Dass dann noch die Strombergstraße mit allen Mitteln durchgesetzt werden solle – zumal auf Asperger Markung bereits eine hierzu parallele Straße in Planung sei – sei für ihre Fraktion ein Gegenschlag für die Sparbemühungen. Man hätte diese keinesfalls in den Haushalt aufnehmen dürfen und sie bedauere es außerordentlich, dass das Gremium unter den vorhergehenden Tagesordnungspunkten anders entschieden habe. Allerdings ließen sich auch erste Erfolge vermelden. Die Ratsmehrheit erkenne inzwischen an, dass bei Radwegebau Nachholbedarf bestehe und dass nachhaltige Mobilität gefördert werden müsse. Der Etatansatz hierfür sei somit erfreulicherweise nicht gekürzt worden. Bei den Parkgebühren habe man ebenfalls den ersten Schritt in die richtige Richtung getan. Folgerichtig müsse man nun auch die Brötchentaste bei der PAG abschaffen. Von den Fraktionen seien über 232 Anträge zum Haushalt gestellt worden, die sowohl Einnahmeverbesserungen als auch Ablehnungen von Sparmaßnahmen enthielten. Angenommen worden seien hiervon nur wenige. Natürlich müsse man Abstimmungsergebnisse akzeptieren. Es sei dennoch sehr schmerzlich für ihre Fraktion, wenn Anträge zur Reduzierung der finanziellen Ausstattung der Fraktionen oder zur Abschaffung der unentgeltlichen Nutzung der Ratshaustiefgarage zu Sitzungen abgelehnt würden. Ihre Fraktion habe dies als solidarisches Zeichen an die Organisationen gesehen, die eine Kürzung der Zuschüsse hinnehmen müssten.

Der diesjährige Haushaltsentwurf mache es ihrer Fraktion schwer. Zum einen sehe man die Notwendigkeit der Einsparungen und wolle einen Beitrag dazu leisten. Zum anderen sehe sich ihre Fraktion in den deren politischen Schwerpunkten nur unzureichend vertreten. Die gemeinsam im Ausschuss für Wirtschaft, Kultur und Verwaltung gekürzten 1,5 Mio. € für den Erwerb von Freiflächen zur Umwandlung in Gewerbeflächen seien an der richtigen Stelle eingespart. Aus Sicht der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ständen diese Gelder nicht mehr für den Erwerb bei der umstrittenen Maßnahme Schanzacker zur Verfügung. Ihrer Fraktion sei es wichtig, dass zunächst eine nachhaltige Gewerbeflächenpolitik formuliert werde. Die fürs erste Halbjahr 2010 vorgesehene Diskussion zur Fortschreibung des Flächennutzungsplanes werde hierbei sicherlich weiterhelfen. Die Mehrzahl der Anträge ihrer Fraktion sei leider abgelehnt worden – auch, weil die Anträge in der Verwaltung keine Unterstützung gefunden hätten. In diesem Zusammenhang würde es sehr weiterhelfen, wenn Oberbürgermeister Spec an der Spitze der Verwaltung die Vorschläge der Fraktionen künftig konstruktiver aufnehme und als Chance für eine nachhaltige Stadtentwicklung sehe. Genügend Projekte gebe es für das neue Jahr - die bereits angesprochene Diskussion über künftige Flächennutzung auf der begrenzten Ludwigsburger Markung, die dringend notwendige Diskussion über Chancen und Grenzen des Ehrenamtes in der Stadtgesellschaft und nicht zuletzt die zukünftige Bürgerbeteiligung bei der Diskussion um einen generationengerechten Haushalt sowie den konstruktiven Umgang mit den Ergebnissen aus der letzten Zukunftskonferenz. Ihre Fraktion werde über den Haushalt 2010 heute unterschiedlich abstimmen. Für einen Teil der Fraktion drücke der Haushalt zu wenig „grüne Politik“ aus und sei somit nicht zustimmungsfähig. Der andere Teil wolle mit der Zustimmung Unterstützung in finanziell schwierigen signalisieren. Zum Schluss wolle sie sich selbstverständlich auch bei der Verwaltung für die gute Vorbereitung und Begleitung der Beratungen bedanken.

OBM **Spec** möchte auf zwei Punkte hinweisen. Zum einen sei die Durchführung der Grünleitplanung sichergestellt. Hier liege möglicherweise ein Missverständnis vor. Zum anderen habe man im Ausschuss für Bauen, Technik und Umwelt zu den Energieeinsparungen beziehungsweise zu den energetischen Sanierungsmaßnahmen deutliche gemacht, dass hier einzeln aufgeführte Positionen zu Verschiebungen geführt hätten. Dies hänge mit dem Konjunkturpaket der Bundesregierung zusammen, das von der Stadt bei konkreten einzelnen Maßnahmen kofinanziert werde. Dies bedeute, dass man sogar überdurchschnittlich viele energetische Sanierungsmaßnahmen mit entsprechenden Kofinanzierungen im vorliegenden Haushalt habe.

Stadtrat Dr. **Heer** steht auf dem Standpunkt, dass die lange, mühevoll und mit vielen Anträgen unterlegte Haushaltsdebatte im Wesentlichen ausschließlich zu einer Bestätigung der Positionen der Stadtverwaltung geführt habe. Dies sei keine Kritik. Die Stadtverwaltung habe sich sorgfältig auf die Haushaltsdebatte vorbereitet und in langer, mühevoller Arbeit und unter Druck eine Liste von Konsolidierungsmaßnahmen erarbeitet, die die FDP-Fraktion anerkenne und in der Debatte klar unterstützt habe. Dafür gebühre der Stadtverwaltung ein Dankeschön. Aber das Defizit im Verwaltungshaushalt müsse jetzt um eine 307 000 € verringerte Zuführung vom Vermögenshaushalt an den Verwaltungshaushalt von rund 9,5 Mio. € ausgeglichen werden. Die zwischenzeitlich eingetretenen Verbesserungen seien wesentlich auf vermehrte Zuweisungen und Zuschüsse des Landes, also nicht auf den Einfluss des Gemeinderats, zurückzuführen. Genau hier setze die Kritik seiner Fraktion an. Das Gremium müsse mit seiner Politik über die Ansätze der Verwaltung hinausgehen, die im Wesentlichen die bestehenden Strukturen erhalten möchten und bei denen die Aufgabenkritik eine geringe Rolle spiele. Die Senkung der Entnahmen aus den Rücklagen sei das Blendwerk der Hinteren Halde. Dort habe die Verschiebung von Verkaufserlösen vom Jahr 2009 ins Jahr 2010 um 2,5 Mio. € die Reduzierung des Grunderwerbs in der Zukunft um 1,5 Mio. € und damit die Reduzierung der Erschließungsbeiträge um 1 Mio. € eine scheinbare aber nicht reale Minderung der Entnahmen aus Rücklagen von rund 5 Mio. € erbracht. Darin bestehe sozusagen der Sanierungserfolg. Dies ändere jedoch nichts daran, dass die freien Rücklagen 2011, aber spätestens 2012 aufgebraucht seien. Ersteres sei die Meinung der Stadtverwaltung, er persönlich glaube, dass es vielleicht auch noch in 2012 reiche. der liberale Ansatz, an die Stelle der Zwangsabgaben in Form von Steuererhöhungen freiwillige Mehreinnahmen in Form von Beiträgen und Entgelten zu setzen, habe keine Berücksichtigung

gefunden, obwohl seine Fraktion bereit gewesen sei, mehr als die schon vor der Finanzkrise geplante Grundsteuererhöhung für den gesamten Finanzplanungszeitraum zu akzeptieren. Der von seiner Fraktion beantragte Wegfall des Baukindergeldes hätte bereits im kommenden Jahr 1 Mio. € Ausgabensparnis bringen können sowie weitere Ersparnisse von 0,5 Mio. € Pro Jahr, ohne dass hiervon eine einzige Familie vom Zuzug nach Ludwigsburg abgehalten werde. Für jeden eventuellen Rücktritt von der Bewerbung um ein Grundstück stünden schließlich genügend Ersatzbewerber bereit. Wenn der Gemeinderat wie bisher weitermache, werde man „das volle Programm der Staatsgläubigen bekommen“ – weitere Steuererhöhungen, mehr Schulden und den kompletten Verbrauch der Rücklagen. Dazu könnten Liberale nicht die Hand reichen, weshalb seine Fraktion den Haushaltsplan ablehne. Zum Abschluss ergänzt Stadtrat Dr. Heer seine Ausführungen um eine persönliche Bemerkung. Er wolle klarstellen, dass man nicht dadurch zum Nicht-Demokraten werde, dass man die eigene Meinung, von der man glaube, dass diese besser sei – auch besser als die der Mehrheit – weiter aufrecht erhalte und konsequent den Haushaltsplan ablehne. Wer so konsequent argumentiere, wie dies die Freien Wähler getan hätten, dem bleibe aus seiner Sicht nichts anderes übrig, als dann auch in der Minderheit den Haushaltsplan abzulehnen. Die Freien Wähler hätten schließlich ebenso wie seine Fraktion festgestellt, dass die Mehrheit des Gemeinderats die Aufgabe noch nicht vollumfänglich erkannt habe.

Stadträtin **Burkhardt** weist darauf hin, dass seit der Einbringung des Haushalts 2010 zwei Aktenordner an Papier pro Gemeinderat zwischen Stadtverwaltung und Stadträten hin- und hergewandert seien. Am Ergebnis habe diese gewaltige Vorlagen- und Antragsflut jedoch nichts geändert. Die Konsolidierungsvorschläge des Oberbürgermeisters seien seit der ersten Diskussion im Rahmen der Klausur im Oktober 2009 fast unverändert geblieben und würden heute als Grundlage der Haushaltsplanung 2010 beschlossen. Ihre Fraktionsgemeinschaft lehne den Haushaltsplan 2010 schon deshalb ab, weil deren Fragen nach den Auswirkungen der vorgeschlagenen Konsolidierungsmaßnahmen nicht beantwortet worden seien, obwohl dies zugesagt worden sei. Trotz der Ablehnung seien ihre Fraktionsmitglieder weiterhin Demokraten. Information sei jedoch die Basis aller vernünftigen Entscheidungen und wenn Informationen fehlten, könne man nach dem Selbstverständnis ihrer Fraktionsmitglieder als Gemeinderätinnen und Gemeinderat den Vorlagen nicht zustimmen. Es dürfe auch nicht sein, dass die bisherige Politik der Stellenkürzungen ohne Aufgabenkritik als Mittel zum Sparen nahtlos weitergeführt werde. Die Verwaltung könne nicht weiterhin Stellenkürzungsvorgaben in Zahlen entwickeln und es dann den Dezernenten und Fachbereichen überlassen, Vorschläge zum Stellenabbau zu machen, ohne dass im Gemeinderat eine Diskussion über die Aufgaben einer Kommune von der Größe Ludwigsburgs stattgefunden habe. Als Ergebnis der langen Sitzungen, die in den vergangenen zwei Monaten stattgefunden hätten, sehe ihre Fraktion zwei Notwendigkeiten. Erstens sei es unmöglich, auch die zukünftigen Finanzprobleme, die durch Einnahmerückgänge entstünden, weiter mit Einsparmaßnahmen auszugleichen. bereits in den Vorjahren seien Ausgaben und Zuschüsse gekürzt worden. Im Dezember 2008 habe die Summe der Kürzungen 7 Mio. € betragen, die Summe der Sperrungen 5,7 Mio. €. Wie viel von diesen Sperrungen in endgültige Kürzungen umgesetzt worden sei, wisse sie nicht. Die Stadtkämmerei könne hier interessante Schaubilder über Ausgaben- und Zuschusskürzungen oder auch über Ausgabenerhöhungen in anderen Bereichen für die vergangenen fünf Jahre vorlegen. Damit wären die Stadträte dann besser in der Lage zu beurteilen, welche Einrichtungen tatsächlich berechtigt der Meinung seien, ihre ehrenamtliche Arbeit aufgeben zu müssen, wenn ihr Verwaltungsaufwand nicht wenigstens ausreichend bezuschusst werde. Sie rede hierbei nicht über das Marktplatzfest. Hierüber wüssten einige andere Kollegen – oder sollten es zumindest – mehr als ihre Fraktion. Herr Schweiß habe sich in jedem Fall bitterlich beschwert über die Zurücknahme der Zuschüsse. Er sei der Meinung, dass mindestens 40 000 € notwendig seien. Und sie selbst hätte angenommen, dass Herrn Schweiß' ehemalige Kollegen hierzu heute einen Antrag stellen würden. Sie wolle dem Gremium heute vielmehr ein anderes Thema nahebringen, und zwar die Aktivspielplätze. Von den Vorsitzenden der Aktivspielplätze habe sie nämlich ein verzweifelter Anruf erreicht. Es sei nicht nachvollziehbar, wie man Arbeitsverträge kündigen solle, wenn man von den Reduzierungen erst 14 Tage vor der endgültigen Abstimmung erfahre. Oder wie man die Arbeit weiterführen solle, wenn eine halbe Stelle wegfaile, was bei den Kürzungen von 30 000 €

unumgänglich sei. In diesem Zusammenhang habe sie die Ehrenamtlichen aufklären können. Der Herr Oberbürgermeister Spec plane nach dessen eigener Aussage ohnehin das Ende der vorbeugenden Kindersozialarbeit in Ludwigsburg und damit das Aus für die Aktivspielplätze. Begründung sei, dass es so viele andere Angebote für Kinder gäbe. Es müsse also nach Meinung der Mitglieder der Fraktionsgemeinschaft LUBU/Die Linke eine Diskussion zwischen Stadträten und Bürgern darüber stattfinden, welche Leistungen der Kommune noch zeitgemäß seien und welche Aufgaben dringend neu in Angriff genommen werden müssten. Diese Diskussion müsse Ende Januar 2010 und nicht erst am 15. Oktober 2010 beginnen. Zweitens müsse, wenn im Jahr 2010 die Gemeinderatsarbeit wieder beginne, eine von sachlichen Argumenten und nicht von Schreckgespenstern getragene Diskussion darüber anfangen, wie der nächste Haushaltsplan 2010 aussehen solle. Eine Tatsache stünde hierbei fest. Die Einnahmen würden weiter sinken. Ihre Fraktion habe bereits jetzt Möglichkeiten aufgezeigt, wie ein Haushaltsausgleich aussehen könne, der ohne weitere Reduzierungen von Zuschüssen und ohne Schuldenaufnahme auskomme. Sie sei der Ansicht, dass alle Teile der Bevölkerung am Sparprogramm zu beteiligen seien. Es könne nicht sein, dass die Bürger über Gebühren- und Beitragserhöhungen wie beispielsweise im Kindergartenbereich ausgequetscht würden „bis die Kerne quietschten“ und die Gewerbetreibenden ungeschoren blieben. Gerade die Gewerbetreibenden stellten ständig Forderungen, insbesondere zur Verbesserung der Infrastruktur im Verkehrsbereich, die in Teilen auch berechtigt seien. Warum die Gewerbetreibenden sich aber an diesen Verbesserungen finanziell nicht beteiligen sollten, bleibe ein Geheimnis der Verwaltung und der Gemeinderäte, die den entsprechenden, außerordentlich moderaten Vorschlag ihrer Fraktionsgemeinschaft zur Gewerbesteuererhöhung abgelehnt hätten. Generationengerechtigkeit müsse für alle Bewohner der Stadt Ludwigsburg gelten. Zum Schluss ihrer Ausführungen bemüht sich Stadträtin Burkhardt an OBM Spec gewandt um eine Klarstellung. Eine Stadt sei kein Konzern, der sich auf bestimmte Produkte konzentrieren und allein nach betriebswirtschaftlichen Zielen gesteuert werden könne. Eine Stadt sei vielmehr ein Gemeinwesen mit einer breiten Pflichtenpalette und mit einer Allzuständigkeit für alle örtlichen Aufgaben. Welche hiervon tatsächlich übernommen würden, müsse der Gemeinderat in Diskussionen entscheiden. Eine Stadt habe zudem eine gesicherte Finanzgrundlage durch Steuern und Abgaben. Und diese könne sie sogar selbst bestimmen. Der Wert einer Stadt messe sich in der von und in ihr geschaffenen Lebensqualität für alle Bürgerinnen und Bürger. Daran müssten die Gemeinderäte bei allen ihren Entscheidungen heute und in Zukunft denken.

Stadtrat Dr. **Vierling** gibt eine persönliche Stellungnahme zur Finanzplanung ab. Das Wesen der Finanzplanung sei, dass sie finanzpolitisch der längerfristigen Vorausschau, dem Setzen von Prioritäten und Rangfolgen und dem mehrjährigen Haushaltsausgleich diene. Bis zur vergangenen Woche hätten die Gemeinderäte noch auf die Ankündigung aus dem Vorbericht zum Finanzplan mit Investitionsprogramm bis 2013 vertrauen können. Dort sei zu lesen, dass es beabsichtigt sei, keine Kreditaufnahmen zu tätigen. Dazu passe auch, dass Herr Kiedaisch Vorträge halte, die den Titel trügen „Die nachhaltige Stadt stellt der Zukunft keine Rechnung“ und dass sich der Herr Oberbürgermeister an die Spitze der Anwälte der Zukunft setze. Sowohl der Bund als auch das Land Baden-Württemberg nähmen derzeit Rekordsummen an neuen Schulden auf. Die Finanzpolitik des Bundes und des Landes in den letzten Jahrzehnten sei in der Tat unverantwortlich. Dies unterscheide sie von der traditionell soliden Ludwigsburger Finanzpolitik. Zentraler Bestandteil der von der Verwaltung vorgelegten Finanzplanung 2009 bis 2013 sei aber nun ein Defizit von insgesamt 36,7 Mio. € in den Jahren 2011 bis 2013, welches aus Kreditaufnahmen zu decken sei. Der Gemeinderat habe aus seiner Sicht keine Veranlassung, ohne vorhergehende gründliche Beratung dieser Verwaltungsvorlage, einer Finanzplanung mit Kreditaufnahmen in Höhe von fast 37 Mio. € als Mittel der Wahl zum mittelfristigen Finanzausgleich zuzustimmen. Er appelliert an das Gremium, in Ludwigsburg nicht die gleichen Fehler zu machen, wie diese Bund und Land sowie andere Kommunen schon lange begingen. man dürfe nicht auf Kosten künftiger Generationen wirtschaften und müsse von vornherein gegen die drohenden Schuldenberge ankämpfen. Wenn diese erst entstanden seien, könnten sie kaum wieder abgebaut werden. An Herrn Kiedaisch gewandt fügt Stadtrat Dr. Vierling hinzu, dass es klar sei, dass man mit dem Finanzplan nicht die Kreditaufnahme 2011 bis 2013 beschließe. Klar sei aber auch, dass man mit dem Finanzplan die Absicht bekunde, künftig 37 Mio. € Schulden

aufzunehmen. Diese Absicht hege er selbst nicht und daher mache er sich auch die Finanzplanung nicht zu Eigen.

Stadtrat **Glasbrenner** nimmt kurz Bezug auf den Beitrag von Stadtrat Dr. Heer. Natürlich könne man durchaus der Meinung sein, dass man bei Ablehnung eines wichtigen Anliegens – also im Falle seiner Fraktion der Nichterhöhung der Grundsteuer – konsequent den Haushaltsplan in der Summe ablehnen müsse. In der Konsequenz würde dies jedoch bedeuten, dass alle Fraktionen den Haushalt ablehnen müssten, weil von jeder Fraktion irgendein Antrag von der Mehrheit abgelehnt worden sei. Dies mache nicht wirklich Sinn. Die Mitglieder seiner Fraktion könnten, wie bereits von Stadträtin Schneller ausgeführt, dem Haushaltsplan teilweise zustimmen. Teilweise würden sie sich auch der Stimme enthalten. Dennoch seien alle der Meinung, dass der Haushaltsplan beschlossen werden müsse. Verwaltung und Gemeinderat müssten handlungsfähig sein. Es falle im vorliegenden Fall auch leichter, nicht abzulehnen, da ja zugesagt worden sei, dass man sich im Februar nochmals darüber unterhalten werde, wo im Bereich der Finanzplanung weitere Einsparungen erzielt werden könnten. Hier vertraue er auf die Zusagen der Verwaltung.

Nach Abschluss der Aussprache nimmt OBM **Spec** Stellung zu verschiedenen Wortmeldungen. Zunächst wolle er auf das eingehen, was Frau Schneller und Herr Glasbrenner vorgebracht hätten. Es sei aus seiner Sicht in den Beratungen klar geworden, dass die Verwaltung und die Freien Wähler in der einen oder anderen Position unterschiedlicher Auffassung seien. Dies gehe auch an die Adresse der Stadträtin Burkhardt, bei der sich die Kontinuität in der Ablehnung städtischer Haushalte weiter fortsetze und daher nichts Überraschendes mehr sei. In der Tat sei es aber so, wenn jeder, dessen ganz individuelle Betrachtungsweise sich nicht nach der pluralen Beratung über einen Haushaltsplan in diesem widerspiegle, aus diesem Grunde den Haushaltsplan ablehne, dann habe man am Ende eine komplette Ablehnung des gesamten Haushaltes. Dann müsse man sich aber auch im Klaren darüber sein, was dies bedeute. Dies bedeute, das alles was nunmehr im Haushalt stehe – beispielsweise an Leistungen, an Sanierungsinvestitionen und an Zuschüssen für Vereine – nicht zur Umsetzung kommen könne. Dann müsse aber auch deutlich gesagt werden, dass alles, was die Stadt in den letzten Jahren umgesetzt habe – also sämtliche Schulsanierungen, die Mensaeinbauten, die Schulerweiterungsmaßnahmen, ökologische und Radwegemaßnahmen oder Zuschüsse an den sozialen, kulturellen und sportlichen Bereich – nur möglich gewesen sei, weil andere Fraktionen dem Haushalt zugestimmt hätten. Es müsse auch deutlich gemacht werden, dass es nicht möglich gewesen wäre, dies alles zu erreichen, wenn alle Stadträte ebenso wie diejenigen, die sich heute für dieses Vorgehen eingesetzt hätten, den Haushaltsplan abgelehnt hätten. Wenn jeder diese Auffassung vertreten würde, seien die Entwicklungen, die man mehrheitlich für wichtig halte, nicht mehr möglich. Er betont, dass die Haushaltsberatungen 2010 in einer Ausnahmephase stattgefunden hätten. Daher habe man sich darauf verständigt, dass man nicht das tun werde, was man normalerweise anstreben würde, nämlich auf die Einnahmeausfälle in vollem Umfang zu reagieren. Wenn man der Meinung wäre, dass in einer solch extremen Situation 25 Mio. € an Steuerausfällen durch ganz konkrete Einnahmekürzungen in Höhe von ebenfalls 25 Mio. € zu kompensieren seien, dann müsste man dies sagen. Die Verwaltung halte am Prinzip eines generationengerechten Haushaltes fest. Gemeinderat und Verwaltung hätten gemeinsam seit 2002 47 Mio. € an Haushaltskonsolidierungsergebnissen erreicht. Was man jetzt beschließe – einschließlich der mittelfristigen Finanzplanung – bedeute, dass man die bisherigen Konsolidierungsmaßnahmen mit 8 Mio. € pro Jahr fortsetze. Im Zeitraum 2010 bis 2013 seien es 4 Jahre mit je 8 Mio. €. Hinzu kämen noch mindestens 8 Mio. € aus dem zusätzlichen Konsolidierungspaket 2010. Würde man mit mindestens 8 Mio. € -abgeleitet aus dem Ziel, 8 bis 11 Mio. € einzusparen – rechnen, so seien dies ebenfalls zusätzliche Konsolidierungsanstrengungen von 32 Mio. €. Dies bedeute, dass von 2010 bis 2013 der jetzt zu Grunde liegende Haushalt ein weiteres Konsolidierungsvolumen - zusätzlich zu den 47 Mio. € der Vergangenheit - von 64 Mio. € umfasse. Wenn Stadtrat Dr. Vierling in seinem Wortbeitrag von Defiziten gesprochen habe, so sei dies nicht die korrekte Wortwahl, da der Haushalt nicht Defizite ausweise, die zu 37 Mio. € an Kreditaufnahmen führten, sondern es seien in überwiegendem Maße Investitionen, die hierzu führten. Man habe also keine Haushaltsdefizite in der Größenordnung von 37 Mio. €, die man durch Kredite finanzieren müsse. Dies unterscheide die Stadt Ludwigsburg im Übrigen von den meisten öffentlichen Haushalten.

Dass man dieses nicht für ausreichend halte, habe die Verwaltung ebenso bereits erklärt, wie dass sie an dem Ziel der weitergehenden Konsolidierung festhalten werde. Abschließend zieht er aus den vorangegangenen Beratungen den Schluss, dass weder Gemeinderat noch Verwaltung es sich einfach gemacht hätten. Seitens der Verwaltung sei man mit sehr ambitionierten Zielen in die Vorbereitungsphase eingestiegen. Er habe kein Beispiel gefunden, wo ein Paket in der Dimension von 8 bis 11 Mio. € neu geschnürt worden sei. Man habe die bisherige Konsolidierung von 8 Mio. € schrittweise erreicht, indem man die Bemühungen Schritt für Schritt ausgebaut habe. Dies nochmals um 8 bis 11 Mio. € zu steigern, sei überaus ambitioniert. Die Verwaltung habe hierfür aus seiner Sicht gute Vorarbeit geleistet, aber es sei noch nicht alles in trockenen Tüchern. Man müsse nun gemeinsam mit großem Fleiß an der Umsetzung weiterarbeiten und die Umsetzung sei sicherlich nicht mit dem heutigen Beschluss beendet. Auch der Gemeinderat habe – selbst wenn einige Anträge nicht zusätzlich hätten substantiiert werden können – in einer breiten Mehrheit zum Ausdruck gebracht, dass es ihm Ernst sei mit dem Sparen und dass das Gremium den umfangreichen Sparansätzen Rechnung trage. Man habe also eine große Schnittmenge der Gemeinsamkeiten. Dies sei wichtig und erfreulich und unterscheide die Stadt Ludwigsburg in positiver Weise von Städten, die im Moment in einer viel schwierigeren Situation seien. Er appelliert an das Gremium, dem Haushaltsplan 2010 zuzustimmen. Anfang 2010 könne man dann gleich die Weichen für die nächsten Umsetzungsschritte stellen. Sodann stellt OBM Spec die Vorl. Nr. 542/09 zur Abstimmung.

TOP 2

**Beteiligungsbericht für das Jahr 2008 +  
Mehrjähriger Vergleich der Jahresergebnisse der  
städtischen Beteiligungen**

Vorl.Nr. 540/09

---

**Beratungsverlauf:**

Der Bericht wird mit Verweis auf die Beratung im Ausschuss für Wirtschaft, Kultur und Verwaltung am 15.12.2009 zur Kenntnis genommen.

Eine erneute Aussprache hierzu findet nicht statt.

TOP 2.1

**Anlage Beteiligungsbericht für das Jahr 2008**

Vorl.Nr. 541/09

---

**Beratungsverlauf:**

Zum Beratungsverlauf siehe TOP 2.

---

**Beratungsverlauf:**

OBM **Spec** erinnert daran, dass man sich im Vorfeld dafür entschieden habe, sowohl die Geschichte der letzten 300 Jahre als auch aktuelle Entwicklungen in Ludwigsburg zum Kernthema des Stadtjubiläums zu machen. Insbesondere habe man auch die Identifizierung der Bürger mit ihrer Stadt und deren Entwicklung in den Mittelpunkt setzen wollen. Im Rückblick könne man heute stolz auf ein erfolgreiches Jubiläumsjahr 2009 sein, zu dem zahlreiche Bürgerinnen und Bürger der Stadt mit Kompetenz, Kreativität und Tatkraft beigetragen hätten. Er wolle sich daher bei allen bedanken, die in irgendeiner Weise zu Gelingen des Jubiläumsprogramms beigetragen hätten. Abschließend dankt OBM Spec auch den Mitgliedern des Gemeinderats dafür, dass sie das Jubiläumsprogramm von Anfang an positiv begleitet und die notwendigen finanziellen Voraussetzungen für ein erfolgreiches Jubiläumsjahr geschaffen hätten.

Frau **Richert** (FB Kunst und Kultur) spricht zunächst die 150 Veranstaltungen an, die im Jubiläumsjahr innerhalb von zehn Monaten mit zahlreichen Beteiligten durchgeführt worden seien. In diesen habe man die Bandbreite und Vielfalt der Stadt zeigen können, die neben ihrer 300jährigen Geschichte auch in der Gegenwart spannend und lebendig sei. Diese Vielfalt habe aus ihrer Sicht entscheidend zum Erfolg des Jubiläumsjahres beigetragen. Die Leitidee, beginnend beim schöpferischen Akt der Stadtgründung, habe sich dabei wie ein roter Faden durch die verschiedenen Programmpunkte gezogen. Sodann geht sie auf die Projektsteuerung und -struktur ein und weist nochmals auf die für die Jubiläumsbeiträge geforderten Qualitätskriterien hin. Letztere sollten innovativ, jung und vor allem auch dem Bürger Gelegenheit zur Beteiligung bieten. Abschließend beschreibt sie, dass der neu eingeführte Slogan „ideenreich“ stets Leitgedanke und Arbeitsweise zugleich gewesen sei. Sie sei erfreut darüber, dass die Stadt Ludwigsburg im Jubiläumsjahr gleich mehrere Male beweisen können, dass sie das Versprechen, das das Leitmotiv „ideenreich“ gebe, heute und in Zukunft auch einzulösen vermöge. Abschließend spricht sie allen am Projekt Beteiligten ihren Dank aus.

Herr **Raithe** (FB Kunst und Kultur) gibt mit Verweis auf die dem Gremium vorliegende Dokumentation zunächst einen Rückblick auf die Zielsetzungen für das Jubiläumsjahr. Er freue sich darüber, dass diese Ziele umfassend hätten erreicht werden können. Es sei gelungen, Ludwigsburg als moderne, lebenswerte und zukunftsorientierte Stadt zu präsentieren und ihre Stärken und Potentiale hervorzuheben und auszubauen. Weiter sei die Identifikation der Bürger mit ihrer Stadt durch ein breites, vielfältiges Angebot gestärkt und das Stadtentwicklungskonzept bürgernah vermittelt worden. Sodann gibt er einen Überblick über ausgewählte Veranstaltungen im Jubiläumsjahr und den hierfür zur Verfügung stehenden Jubiläumsetat. Besonders erfreulich sei es, dass man im Kostenrahmen geblieben sei und sogar noch geringe Reste als Anschubfinanzierung für das nächste Haushaltsjahr zur Verfügung habe. Abschließend informiert er darüber, dass sowohl die Besucherzahlen als auch die Berichterstattung in den Medien zur vollsten Zufriedenheit ausgefallen seien.

Stadträtin **Kopf** bedankt sich für das bunte Programm, das unterschiedlichste Interessen und Zielgruppen angesprochen habe und geht auf einige persönliche Highlights des Jubiläumsjahres ein. Es habe sich gezeigt, dass Ludwigsburg über viel kreatives Potential verfüge und sie wolle sich insbesondere bei all denen bedanken, die mit guten Ideen, Zeit, Geld und großem Engagement zum Gelingen des Jubiläums beigetragen hätten.

Auch Stadtrat **Bergold** äußert sich lobend. Das Jubiläumsjahr sei hervorragend organisiert gewesen und es sei gut gelungen, den Bürgern ihre Stadt noch näher zu bringen. Auch überregional habe das Jubiläum viel Beachtung gefunden und zum Image von Ludwigsburg positiv beigetragen. Einziger Wehmutstropfen sei der in der Vorl. Nr. 641/09 geschilderte Ausblick. Auch wenn sich „ideenreich“ gut verkaufen und etablieren lasse, dürfe man die Geschichte

Ludwigsburg nicht übergehen. Das barocke Image müsse weiterhin kommuniziert werden.

Stadtrat **Weiss** schließt sich dem Lob seines Vorredners an. Er betont allerdings, dass ihm der neue Slogan „ideenreich“ mehr zusage als die Betonung der barocken Vergangenheit der Stadt.

Stadtrat **Rapp** favorisiert eine Kombination barocker Vergangenheit und frischer Ideen. Ludwigsburg solle beide Facetten nach außen zeigen können. Am Schlussbericht zum Jubiläumsjahr gefalle ihm besonders, dass dieser belege, dass großartige kulturelle Leistungen mit viel Kreativität und Engagement auch in finanziell knapperen Zeiten möglich seien. Abschließend regt er an, den Kulturwelt e.V. künftig stärker einzubeziehen. Aus seiner Sicht werde das Potential dieses Vereins bisher unterschätzt.

Auch Stadtrat **Heer** und Stadträtin **Burkhardt** zeigen sich erfreut darüber, dass sich Ludwigsburg im Jubiläumsjahr regional und überregional hervorragend präsentiert habe. Beide hoffen, dass dies dem Image der Stadt nachhaltig zu Gute komme und schließen sich dem Dank an die zahlreichen Ehrenamtlichen, die sich am Jubiläumsprogramm beteiligt hätten, sowie an die Verwaltungsmitarbeiter an.

Nach Abschluss der Aussprache betont OBM **Spec**, es sei geplant, den Slogan „ideenreich“ weiter als Marke zu nutzen, ohne deshalb die Wurzeln Ludwigsburgs im Barock zu übergehen.

TOP 4

Stadtbibliothek / Erhöhung der  
Säumniszuschläge für Erwachsene - Änderung  
der Benutzungsordnung

Vorl.Nr. 527/09

---

### Beschluss:

Die Benutzungsordnung der Stadtbibliothek Ludwigsburg wird mit Wirkung zum 1.1.2010 in folgenden Punkten geändert:

#### **§ 4 Benutzerausweis**

- 2 Der Verlust des Benutzerausweises ist der Stadtbibliothek unverzüglich zu melden. Bis zur Mitteilung des Verlustes haftet der Ausweisinhaber bzw. bei Minderjährigen die gesetzlichen Vertreter für den der Bibliothek durch Missbrauch entstandenen Schaden.

#### **§ 5 Ausleihe**

- (1) Die Leihfrist kann durch den Entleiher/ die Entleiherin verlängert werden, sofern keine Vormerkung vorliegt und der Benutzerausweis gültig ist.

#### **§ 7 Pflichten der Benutzer, Haftung**

- 8 Die Stadtbibliothek haftet nicht für Schäden oder Datenmissbrauch, die durch die Nutzung von Computerarbeitsplätzen entstehen könnten. Der Umgang mit persönlichen Daten oder Zugangscodes erfolgt auf eigene Verantwortung der Nutzer.
- 9 An den Computerarbeitsplätzen ist es nicht gestattet, Änderungen der Konfigurationen vorzunehmen, Programme zu installieren oder andere als die vorinstallierte Software auszuführen. Daraus entstehender Zeitaufwand bzw. Kosten werden dem Verursacher in Rechnung gestellt.

## § 8 Hausordnung

- (1) Bei mitgebrachten Taschen, Rucksäcken u.a. Behältnissen ist das Bibliothekspersonal berechtigt, Einblick zu verlangen.

## § 9 Gebühren

Die Nutzung der Bestände in den Räumen der Stadtbibliothek ist kostenfrei. Für das Entleihen von Medien und für die Nutzung besonderer Dienste sind Gebühren zu entrichten. Gebühren sind sofort fällig. Versäumnisgebühren, die länger als 4 Monate offen sind, werden schriftlich angemahnt. Für die erste Erinnerung wird 1.-- € berechnet, für die zweite Erinnerung werden weitere 2,50 € fällig.

- 1) Entleihgebühr  
Bis zum vollendeten 19. Lebensjahr wird keine Entleihgebühr erhoben.
- 2) Versäumnisgebühren  
Die Versäumnisgebühren betragen für alle Medien vom ersten Überziehungstag an 0,20 € pro Tag und Medieneinheit. Für Medien aus der Kinderabteilung werden 0,05 € pro Tag und Medieneinheit berechnet.

### **Abstimmungsergebnis:**

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 40 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen angenommen.

Nicht anwesend: Stadtrat Striegel

Ja 40 Nein 0 Enthaltung 0

### **Beratungsverlauf:**

OBM **Spec** verweist auf die einstimmige Beschlussempfehlung des Ausschusses für Bildung, Sport und Soziales vom 09.12.2010.

Das Gremium verzichtet einmütig auf Sachvortrag und Aussprache.

OBM **Spec** lässt über die Vorl. Nr. 527/09 abstimmen.

**Beschluss:**

Die Friedhofsordnung der Stadt Ludwigsburg wird wie folgt geändert:

**Friedhofsordnung  
der Stadt Ludwigsburg**

Aufgrund von § 15 Abs. 1 des Gesetzes über das Friedhofs- und Leichenwesen (Bestattungsgesetz) in Verbindung mit den §§ 4 und 11 der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg (GemO) sowie Art. 13 Abs. 3 und 4 und Art. 16 Abs. 1 und 3 der Europäischen Dienstleistungsrichtlinie hat der Gemeinderat der Stadt Ludwigsburg am .... 2009 folgende geänderte Fassung der Friedhofsordnung vom 04.07.2001 als Satzung beschlossen.

**Änderung § 8 Abs. 2 und 6:**

## § 8

**Gewerbliche Betätigung auf den Friedhöfen**

(2) Zugelassen werden nur solche Gewerbebetriebe, die fachkundig, leistungsfähig und zuverlässig sind. Die Gemeinde kann für die Prüfung der Fachkunde, Leistungsfähigkeit und Zuverlässigkeit geeignete Nachweise verlangen, insbesondere dass die Voraussetzungen für die Ausübung der Tätigkeit nach dem Handwerksrecht erfüllt werden.

Die Zulassung erfolgt schriftlich. Die Zulassung ist den aufsichtsberechtigten Personen der Stadt auf Verlangen vorzuzeigen.

(6) Gewerbetreibenden, die gegen die Vorschriften der Friedhofsordnung verstoßen oder bei denen die Voraussetzungen des Abs. 2 nicht mehr gegeben sind, kann die Stadtverwaltung die Zulassung auf Zeit oder Dauer zurücknehmen oder widerrufen.

**Folgender Absatz wird neu in § 8 angefügt:**

(7) Das Verfahren nach Abs. 1 und 2 kann über einen Einheitlichen Ansprechpartner im Sinne des Gesetzes über Einheitliche Ansprechpartner für das Land Baden-Württemberg abgewickelt werden; § 42a und §§ 71a bis 71e des Landesverwaltungsverfahrensgesetzes in der jeweils geltenden Fassung finden Anwendung.

**Inkrafttreten (§ 37):**

Die geänderte Fassung der Friedhofsordnung tritt am 28.12.2009 in Kraft.

### Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 39 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme und 0 Enthaltungen angenommen.

Nicht anwesend: Stadtrat Striegel

Ja 39 Nein 1 Enthaltung 0

### Beratungsverlauf:

OBM **Spec** verweist auf die mehrheitliche Beschlussempfehlung des Ausschusses für Bauen, Technik und Umwelt vom 16.12.2010.

Das Gremium verzichtet einmütig auf Sachvortrag und Aussprache.

OBM **Spec** stellt die Vorl. Nr. 537/09 zur Abstimmung.

Außerhalb der Tagesordnung werden folgende Punkte angesprochen:

- Ausscheiden von Herrn Dr. Zoll (FB Bildung, Familie, Sport) und Herrn Maschke (Wohnungsbau Ludwigsburg GmbH)  
OBM **Spec** verabschiedet die beiden Mitarbeiter, bedankt sich für deren Engagement für die Stadt Ludwigsburg und wünscht ihnen alles Gute für ihren weiteren beruflichen und privaten Lebensweg.
- Ehrungen für 10jährige Mitgliedschaft im Gemeinderat  
OBM **Spec** ehrt die Stadträte Herr Bergold, Frau Fuchs, Herr Glasbrenner, Herr Herrmann, Herr Kirnbauer, Frau Klett-Heuchert, Herr Siegmund und Herr Weiss für ihre zehnjährige Mitgliedschaft im Gemeinderat. In Anerkennung ihres ehrenamtlichen Engagements überreicht er den geehrten Ratsmitgliedern ein Präsent der Porzellanmanufaktur Ludwigsburg.
- Teilnahme von gemeinderätlichen Vertretern an Gesprächen zwischen der Stadtverwaltung und dem Breuningerland  
Auf Nachfrage von Stadtrat **Noz** berichtet OBM **Spec**, dass bei den Gesprächen über die gutachterliche Auswertung der durchgeführten Erhebungen Vertreter der Stadt Ludwigsburg, des Breuningerlandes und der Gutachter zugegen gewesen seien. Der Teilnehmerkreis für dieses konkrete Gesprächsthema sei so auch abgestimmt gewesen.  
  
Stadtrat **Noz** vermutet ein Missverständnis. Es sei ihm wichtig, dass Vertreter der gemeinderätlichen Fraktionen unabhängig vom konkreten Thema an allen Gesprächen mit Bezug zur beabsichtigten Erweiterung des Breuningerlandes teilnehmen.
- Ausschreibung Hintere Halden  
OBM **Spec** weist auf Anfrage von Stadtrat **Noz** darauf hin, dass es einen Gemeinderatsbeschluss dahingehend gebe, dass zunächst mit den weiteren Teilnehmern

der ursprünglichen Ausschreibung Gespräche geführt werden sollten, falls der ausgewählt Bewerber nicht zum Zuge komme. Darüber hinaus seien auf der Homepage der Stadt alle verfügbaren Gewerbeflächen einschließlich der Hinteren Halden abrufbar. Es stehe jedem Interessenten frei, sich hierfür zu bewerben.